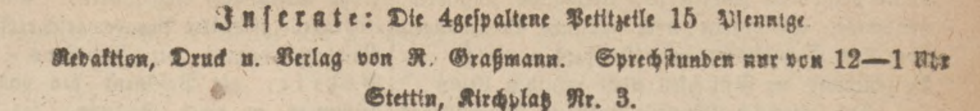
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 10. Januar 1881. Nr. 14.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung vom 8. Januar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^1/_4$ Uhr.

Am Ministertisch: Minister Graf zu Eulenburg und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Nach einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Nr. 1 derselben, dritte Berathung des Entwurfs eines Ergänzungsgesetzes zu dem Gesetze über die den Medizinalbeamten zu gewährenden Vergütungen ist noch nachträglich eine Petition eingegangen, über welche die Petitionskommission zunächst berathen soll. Bis zur Erledigung dieser Petition wird die Berathung über den Gesetzentwurf ausgesetzt.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Aufhebung der kommunalständischen Verbände in der Provinz Pommern und betreffend die Aufhebung des kommunalständischen Verbandes der Neumark werden in dritter Lesung ohne Debatte definitiv genehmigt.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Veränderung der Grenzen des Stadtbezirkes Berlin und des Kreises Teltow.

Abg. v. Heppe verweist auf die vielfachen Streitigkeiten mit der Charlottenburger Kommune bezüglich der südöstlichen Grenze zwischen Berlin und Charlottenburg und spricht den Wunsch aus, daß der Herr Minister auf Grund des § 2 des vorliegenden Gesetzes diese Grenze klar und zweifellos feststellen möchte.

Der Gesetzentwurf wird hierauf definitiv genehmigt.

Der folgende Gegenstand ist die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen in Verbindung mit der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung der Ufer-Wart- und Hegungsordnung für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 12. September 1763.

Die Abgg. Schmidt (Sagan) und Hahn bemängeln die Vorlagen in verschiedenen Punkten. Sie beantragen deshalb eine kommissarische Berathung derselben und heben insbesondere hervor, daß die Interessen der Adjazenten der Ströme in den Vorlagen nicht geeignet gewahrt seien.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) ist ebenfalls der Ansicht, daß diese Gesetzentwürfe einer sorgfältigen Prüfung bedürfen. Es kämen bei derselben nicht nur die Interessen der Landwirthschaft, sondern auch die von Handel und Gewerbe in Betracht, es komme darauf an, auch der Bauverwaltung gewisse Pflichten aufzuerlegen. Er empfehle deshalb die Vorberathung der Vorlagen durch eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern, damit die lokalen Verhältnisse der einzelnen Ströme, um die es sich handele, zur Kenntniß und Vertretung gelangen.

Bautenminister Maybach hat gegen diese geschäftliche Behandlung nichts zu erinnern. Auch er sei mit den Vorrednern in dem Wunsche einig, daß die Interessen der Adjazenten der Ströme wesentliche Berücksichtigung finden müßten; aber die Absicht der Regierung gehe zunächst dahin, die Befugnisse für die Strombauverwaltung soweit festzustellen, damit sie im Stande ist, die Ströme in einem Zustande zu erhalten, wie es das allgemeine Landesinteresse erfordert. Dabei dürfen die allgemeinen Interessen selbstverständlich nicht unberücksichtigt bleiben.

Nachdem noch Abg. v. Liebermann ebenfalls sich für kommissarische Berathung erklärt, wird die Diskussion geschlossen und die Gesetzentwürfe an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Nachtragsetats zum Staatshaushaltsetat für 1881/82. (Einmalige Ausgaben als preußischer Antheil an den Baukosten für eine feste Mainbrücke bei Offenbach 280,000 Mark.)

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Dr. Petri und Frhrn. v. Minnigerode geht die Vorlage an die Budgetkommission.

Den folgenden Gegenstand bildet die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Verwendung der Jahresüberschüsse der Verwaltung der Eisenbahnangelegenheiten.

Nach § 1 des Gesetzentwurfs sollen die Jahresüberschüsse der Eisenbahn-Verwaltung verwendet werden zur Verzinsung der jeweiligen Staatseisenbahnkapitalschuld; zur Ausgleichung eines etwa vorhandenen Defizits in der Staatsverwaltung, welches andernfalls durch Anleihen gedeckt werden müßte, und zur Bildung eines Eisenbahnreservefonds.

Abg. Dr. Zehrt (Centrum) beklagt sich darüber, daß seit Uebergang der Privatbahnen in den Staatsbetrieb die Beamten behindert würden, in regelmäßiger Weise dem Gottesdienst beizuwohnen. Während diese Beamten früher wenigstens alle 14 Tage den Gottesdienst besuchen durften, erhielten sie jetzt nur alle 3 bis 4 Wochen Erlaubniß hierzu. Er hoffe, daß die Regierung Veranlassung nehmen wird, in dieser Beziehung baldigst Abhülfe zu schaffen.

Abg. v. Benda legt das Hauptgewicht bei dieser Vorlage auf die Amortisation. Für ihn sei es zweifelhaft, ob es nach der vorgesehenen Amortisation noch zweckmäßig sei, einen besonderen Reservefonds anzusammeln, der ja gegenüber unserer Staatsschuld keine besondere Bedeutung haben dürfte. Es wird dieser Reservefonds die Regelung unserer finanziellen Verhältnisse nur ungebührlich erschweren. Der Zweck würde nach seiner Meinung vollständig erreicht werden, wenn man sich auf eine einfache Amortisation eines gewissen Prozentsatzes der Ueberschüsse beschränken wollte.

Abg. Büchtemann (Fortschritt) spricht seine prinzipiellen Bedenken gegen die Vorlage aus. Er hält es nicht für richtig, ohne Rücksichtnahme auf die gesammte Finanzlage aus den Erträgen eines Zweiges der Staatsverwaltung die Normen für die Amortisation der Staatsschuld suchen zu wollen. Uebrigens sei die Berechnung des Anlagekapitals in der Vorlage nicht richtig.

Finanzminister Bitter: Die finanziellen und die wirthschaftlichen Garantien bildeten gewissermaßen einen Kompromiß zwischen der Regierung und dem hohen Hause. Diese Garantien hätten erst den Ankauf der Privatbahnen möglich gemacht. Der ganze Charakter der vorjährigen Verhandlungen sei dahin gegangen, der Regierung eine bindende Verpflichtung für diese Garantien aufzuerlegen, während sich das Haus vorbehalten wollte, auf einzelne Modalitäten dieser Frage näher zurückzukommen. Von diesem Standpunkte aus sei dies Gesetz aufgestellt worden und die Regierung habe es für ihre Pflicht gehalten, es so aufzustellen, daß eine Abweichung von der vorjährigen Resolution darin keinen Platz finde. Im Allgemeinen stehe die Regierung auch heute in dieser Frage auf demselben Standpunkt, welchen sie derselben gegenüber schon im vorigen Jahre eingenommen hat. Die Staatsregierung werde im Uebrigen abwarten, ob aus dem Hause modifizirende Anträge gestellt würden, sie werde dieselben eventuell pflichtschuldigst prüfen.

Abg. Kieschke betont die lediglich finanzielle Seite der Vorlage. Indeß handele es sich jetzt gar nicht mehr um die Rentabilität der Eisenbahnen. Finanziell richtig könne er es nicht halten, daß man aus dem Ordinarium $7^1/_2$ Millionen für Amortisation verwende, dagegen $9^1/_2$ Millionen des Extraordinariums durch Anleihen decken wolle. Weitere Bedenken, die Redner gegen die Vorlage erhebt, könnten nach seiner Meinung nur in der Kommission Erledigung finden, weshalb er Verweisung der Vorlage an die Budget-Kommission beantragt.

Bautenminister Maybach wendet sich gegen einige Ausstellungen der Vorredner. Die erheblichsten Schwankungen in der Einnahme resp. Rücklagen könnten auf das System des Entwurfs einen störenden Einfluß nicht ausüben. Das Anlagekapital sei nur auf akademischer Grundlage, nicht nach haarscharfen Berechnungen in der angegebenen Höhe angesetzt worden. Die Schwankungen im sächsischen Staatsbahnnetz wie im badischen seien nicht durch die alten Bahnen, sondern durch den Zubau resp. Ankauf neuer herbeigeführt worden. Die vom Abg. Büchtemann angegriffenen Tarifpositionen hätten zu einer Belastung der Landwirthschaft u. A. in Hannover, wie behauptet sei, nicht geführt.

Abg. v. Wedell-Malchow schlägt vor, das Gesetz in der Kommission für die Eisenbahnräthe vorberathen zu lassen. Seine (die konservative) Partei stehe auf demselben Standpunkt wie im vorigen Jahre und der gehe dahin, daß eine geordnete Finanzwirthschaft in Preußen herbeigeführt werden müsse, um zu vermeiden, daß, wenn die Eisenbahn-Betriebsverwaltung in ihrer Betriebs-Einnahme vorübergehend zurückkommen sollte, Schwankungen in dem Etat dadurch entstehen. Redner ist der Meinung, daß das vorliegende Gesetz geeignet sei, größere Klarheit in unsere Finanz-Verwaltung zu schaffen; erst auf diesem Wege werde es möglich sein, eine wirklich gesunde altpreußische Finanzverwaltung wieder herzustellen.

Abg. Rickert: Wenn behauptet werde, dieses Gesetz sei ein Mittel, die Finanzen des Staates klar zu legen, so sei er der entgegengesetzten Ansicht. Er glaube, daß das Gesetz gerade dazu geeignet sei, unsere Finanzen zu verdunkeln und zu verwirren. Er stehe deshalb dem Gesetze sehr kühl gegenüber, eine Garantie sei dieses Gesetz gar nicht und er würde es daher ganz verständlich finden, wenn der Finanzminister aus finanziellen Bedenken den Wunsch äußerte, daß das Gesetz gar nicht zu Stande kommen möchte. Redner hält das Gesetz auch aus konstitutionellen Gründen für bedenklich, da durch dasselbe die finanziellen Befugnisse des Abgeordnetenhauses wesentlich eingeschränkt würden. Auch er sei dafür, daß die Schwankungen in unserem Etat vermieden würden; aber dies würde zweckmäßiger erreicht werden durch Bildung eines Erneuerungsfonds, wie ihn die sächsische Staatsbahn besitze. Das sei eine Finanzmaßregel, die er verstehe; die Maßregel, die das Gesetz vorschlage, verstehe er nicht. Redner bittet, das Gesetz an die Budgetkommission zu verweisen, da es sich hier im Wesentlichen um eine Finanz- und Budgetfrage handele.

Abg. v. Minnigerode wendet sich gegen einige Ausführungen des Vorredners, darauf beschließt das Haus die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Der letzte Berathungsgegenstand, erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Vereinigung der Landgemeinde Oberbonsfeld mit der Stadtgemeinde Langenberg, wird von der Tagesordnung abgesetzt und dann die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Schluß $2^3/_4$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 9. Januar. Se. Majestät der Kaiser ist in Kraft und Gesundheit in das neue Jahr eingetreten, dessen erste Tage für ihn wie für das preußische und deutsche Volk Tage bedeutungsvoller Erinnerungen waren. Möge Gottes Gnade auch fernerhin schützend und schirmend über dem geliebten Herrscher walten.

Mit Spannung sah man der Wiedereröffnung des Landtages entgegen, der am 8. d. M. in den zweiten, wichtigsten Abschnitt seiner Thätigkeit trat. Vor Allem wendet sich die allgemeine Aufmerksamkeit und Theilnahme den bevorstehenden Verhandlungen über die Finanzgesetze, namentlich über das Verwendungsgesetz, zu, zumal, da man voraussetzt, daß Fürst Bismarck selbst an diesen Verhandlungen Theil nehmen wird.

Die antisemitische Bewegung gab auch im Laufe dieser Woche der Presse zu lebhaften Erörterungen Veranlassung.

Die Mittheilung der „Kölnischen Zeitung“, daß der Papst den deutschen Domkapiteln im Prinzip erlaubt habe, Bisthumsverwalter zu wählen, hat bis jetzt weder eine Bestätigung noch eine autorisirte Widerlegung gefunden.

Berlin, 9. Januar. Gestern Abend gegen zehn Uhr brach plötzlich in dem Gebäude des Großen Generalstabes am Königsplatz, in dem, wie man weiß, die Mühe von Jahren in Studien, Karten und Plänen aufbewahrt liegt, ein sehr bedeutendes Feuer aus. Dasselbe entstand, soviel wir in dem bis lange nach Mitternacht in und vor dem Palais, in dem bekanntlich auch Graf Moltke seine Wohnung hat, herrschenden Wirrsal ermitteln konnten, in der Buchbinderei des Generalstabes, die mit der Buchdruckerei des Generalstabes verbunden ist. (In dieser Buchdruckerei werden, wie wir erwähnen wollen, nur Soldaten des Eisenbahn-Regiments, die Setzer von Beruf sind, beschäftigt.) Durch welche Art von Nachlässigkeit das Feuer entstanden ist, wissen wir nicht.

Alles lag im Generalstabs-Gebäude bereits in tiefster Ruhe, als gegen zehn Uhr der Brand entdeckt wurde. Zuerst züngelte eine Flamme aus dem Dache empor, bald aber zeigte sich eine mächtige Lohe. Die beiden im Gebäude befindlichen Feuermelder wurden in Thätigkeit gesetzt. Sie kommunizirten mit der Feuer-Hauptwache in der Mauerstraße, diese gab das Signal weiter und von der gesammten Berliner Feuerwehr rückte die Hälfte, in Stärke von 2 Kompagnien, mit Dampfspritzen aus.

Als die Feuerwehr ankam, schlug die Lohe aus dem Gebäude hinter dem nach der Alsenstraße gelegenen Hauptportal hoch empor. Sofort begannen die Dampfspritzen zu arbeiten, die eine vom Kroll'schen Lokal aus, die andere von der entgegengesetzten Seite. Die Spritzen hatten mit der Wuth des Brandes, der an den angehäuften Papieren reiche Nahrung fand, stark zu kämpfen. Gegen $^1/_2$1 Uhr erst gelang es, die Flamme zu dämpfen. Glücklicherweise sind von den Papieren nur die der Registratur, aber keine der wichtigen und vielleicht unersetzlichen Kartenwerke und Skizzen, die in den Bureaux aufbewahrt werden, verbrannt. Ebenso ist Buchdruckerei und Buchbinderei ausgebrannt. Man hatte gleichwohl Vorkehrungen getroffen, um eventuell die wichtigen Papiere fortzuschaffen und es sollen — wovon wir uns in der Eile nicht überzeugen konnten — für alle Eventualitäten Soldaten kommandirt gewesen sein, die aber jedenfalls nicht in Thätigkeit kamen.

Die Hornsignale und die Pfeifen-Zeichen der Feuerwehr tönten bereits durch den Abend und die Löscharbeit war in voller Thätigkeit, als der Kronprinz auf die erste Meldung von dem Feuer hin in einer Equipage auf die Brandstelle eilte. Er fuhr an der, nicht vom Brande heimgesuchten Seite vor und ging durch die Wohnung des Grafen Moltke mit diesem zum Herd des Brandes selber. Graf Moltke, der andere Katastrophen gesehen hat als diese, behielt begreiflicherweise seine volle Ruhe. Er hat oft genug dem Feuer gegenüber gestanden, um gegenüber dem Feuer sein kaltes Blut nicht zu verlieren. Nachdem der Kronprinz das Generalstabsgebäude verlassen hatte, ging der Generalfeldmarschall nach dem Königsplatz, um sich von dort, von wo aus man den vollen Ueberblick hatte, das Feuer anzusehen.

Auch der alte Graf Redern war zur Brandstätte geeilt, ebenso die Adjutanten des Kaisers, Graf Lehndorff und von Lindequist. Trotz der Mitternachtsstunde wurde dem Kaiser noch von dem Brande Mittheilung gemacht. Glücklicherweise konnte ihm zugleich gemeldet werden, daß die Gefahr beseitigt sei. Als Kuriosum wollen wir noch erwähnen, daß die Schutzleute den in einer Droschke zweiter Klasse herbeieilenden Polizei-Präsidenten — soweit in einer Berliner Droschke zweiter Klasse von Eilen die Rede sein kann — nicht durchlassen wollten. Er mußte sich erst sehr deutlich zu erkennen geben, ehe seine eigenen Angestellten sein Gefährt und ihn nach der Brandstelle passiren ließen.

— An die bevorstehende längere Anwesenheit des Fürsten Bismarck in Berlin will man in diplomatischen Kreisen schon für die nächste Zeit mancherlei Erwartungen knüpfen. Es heißt, die bereits schwebenden Verhandlungen in der orientalischen Frage würden damit in lebhafteren Fluß kommen und ihren Mittelpunkt, der jetzt in Paris zu suchen ist, in Berlin finden.

Wenn es zu einer Interpellation über die russische Zollerhöhung kommt, was allerdings wahrscheinlich ist, so geschieht es in dem kürzlich an dieser Stelle angedeuteten Zusammenhange, und in diesem Falle darf wohl eine Bestätigung der Angabe, daß Fürst Bismarck als Handelsminister die Interpellation beantworten werde, erwartet werden.

In den Kreisen der kleinen Handwerker und Fabrikanten macht sich eine wachsende Agitation gegen die Gefängnißarbeit geltend. Die alten und berechtigten Klagen sollen in Form von Petitionen an das Parlament gelangen; ursprünglich wollte man sich an das Abgeordnetenhaus wenden, man beschloß jedoch, um die Vorstellungen nicht auf Preußen zu beschränken, schließlich an den Reichstag zu gehen, und man hat sich deshalb in Verbindung mit den Genossen in den verschiedenen Bundesstaaten gesetzt, wo man dann sofort ein größeres Entgegenkommen fand, als man erwartet hatte.

— Wie erwähnt, wird der Kaiser am 18. d. Mts. ein Kapitel des Schwarzen Adler-Ordens abhalten. Die Investitur erhalten, wie die „Köln. Ztg.“ mittheilt: Prinz Heinrich, der General der Kavallerie Graf Stolberg, der General der Infanterie Groß, genannt von Schwarzhoff, und Fürst Salm-Reifferscheidt-Dyck.

Ausland.

Wien, 9. Januar. (O. M.-B.) Die [illegible]

dung der amtlichen „Wiener Zeitung", daß die Vermählung des Kronprinzen Rudolf auf Wunsch der belgischen Majestäten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden sei, überrascht allgemein, umsomehr, als gestern noch amtliche Berathungen über das Hochzeitsprogramm stattfanden, welche eine Verschiebung der Festlichkeit nicht errathen ließen.

Der griechische Minister-Präsident Kumunduros erklärte jüngst dem französischen Gesandten Mouy gegenüber: obgleich Griechenland bezüglich des Schiedsgerichts keine bindende Antwort geben könne, bevor die Basis sowie die eventuellen Mittel für die Exekution des Schiedsspruches bekannt gegeben seien, dokumentire es doch seine Achtung vor den Wünschen der Großmächte dadurch, daß die Rüstungen hinfort nicht mehr forcirt werden sollen.

Der Prager akademische Senat hat mit allen gegen eine Stimme die sprachliche Trennung in der juristischen und philosophischen Fakultät abgelehnt.

In Salzburg wurde gestern die Generalversammlung des liberalen Vereins wegen gesetzwidriger Angriffe gegen den Reichsrath und die Regierung behördlich aufgelöst.

Für den morgigen Linzer Bauerntag sind als Theilnehmer zumeist Bewohner der deutschen Kronländer angemeldet. Das Bauernkomitee, welches die Abgeordneten von der Theilnahme ausschloß, versagt auch den klerikalen Berichterstattern den Zutritt.

Die erste Rohbilanz der Volkszählung ergiebt für Wien mit Ausschluß der Vororte und des Militärs 676 206 Einwohner gegen 615,141 im Jahre 1869.

Wegen der Unmöglichkeit, mit Ungarn eine Verständigung über die Erhöhung des Zolltarifes herbeizuführen, verzichtet Cisleithanien vorläufig auf diese Erhöhung, wodurch der baldige Beginn der Vertragsverhandlungen mit Deutschland ermöglicht wird.

Petersburg, 8. Januar. In den letzten Tagen des Dezember wurde im Moskauer Bezirksgericht ein Prozeß gegen die Bauern des Dorfes Lutowitschi verhandelt, welche sich zu offener Auflehnung gegen die Obrigkeit hatten hinreißen lassen. Die Verhandlungen brachten den Beweis, daß die armen Bauern in wahrhaft empörender Weise von ihrem Gutsherrn, einem Grafen Bobrinski, ausgebeutet und zur Verzweiflung getrieben worden waren, so daß die Theilnahme für die Unglücklichen allgemein wurde und das Gericht ein äußerst mildes, den Umständen nach vollauf gerechtfertigtes Urtheil erließ. Persönlich hatte Bobrinski die Ausbeutung nicht betrieben, vielmehr hatte sein Inspektor Fischer die betreffenden Maßregeln angeordnet, sicher aber nicht ohne Mitwissen und Beistimmung des Gutsherrn, der ganz in der Nähe des Dorfes wohnte und auch Beschwerden der Bauern zurückwies. Es läßt sich denken, daß die panslavistische Presse aus diesem Vorfall Kapital zu schlagen sucht; ist doch der Name „Fischer" ein deutscher! Wenn auch Graf Bobrinski in dem Prozeß eine Rolle spiele, — „ein Deutscher" — so meint der „Golos" — „müsse natürlich auch in diesem Falle der Einbürgerung irischer Zustände im Gouvernement Tula seine Hand im Spiele haben; ohne einen Deutschen gehe so etwas nicht ab." „Es muß" — so fährt der „Golos" fort — „schon so sein, die Ordnung verlangt es, daß bei jeder schmutzigen Geschichte, die sich auf Rußlands Erde zuträgt, wenigstens ein Deutscher mit dabei sei. Auch in dieser Sache kommt ein Deutscher vor — Herr Fischer. Es ist anzunehmen, daß nur der Anwesenheit und der Thätigkeit dieses „Herrn" die herzlose Bedrückung der Bauern zuzuschreiben ist, die auf dem Grund und Boden eines der Vertreter unserer besten russischen Familien leben, daß der Wunsch des Grafen Bobrinski, den Lord zu spielen, hier nicht von Belang ist, daß die Schuld hier auf den Deutschen Fischer fällt. Was geht aber die russische Gesellschaft die Existenz irgend eines Herrn Fischer an! Ihn hat Graf Bobrinski gewählt — er trägt also auch die Verantwortung. Der Graf ist durch diese Gerichtsverhandlung hart gestraft, die Strafe ist aber wohlverdient. Zeit wärs, daß die Russen das Unheil einsehen, das mit der Berufung der Deutschen zusammenhängt. Der Deutsche ist daheim mitleidslos gegen die Esten und ebenso hart ist er überhaupt jedem Bauer gegenüber. Der Deutsche Fischer hat die Kasse des Grafen Bobrinski mit einigen Tausenden bereichert — mit Millionen aber wird der Schimpf nicht abgewaschen werden können, der dem Grafen Bobrinski durch das Ergebniß der Gerichts-Verhandlung zugefügt worden ist! Die Berufung deutscher Fischer erweist sich also durchaus nicht vortheilhaft."

Auch die „Neue Zeit" beschäftigt sich natürlich mit dem Deutschen Fischer und ist anscheinend sehr erfreut, daß sie wieder einmal einen Deutschen gefunden hat, dem sie arge Verschuldungen nachsagen kann. Herr Fischer, für den wir uns übrigens nicht im Geringsten erwärmen wollen, wird mit bekannter Taktik nicht als einzelne Persönlichkeit, sondern als Vertreter des Deutschthums hingestellt, und weil ein Deutscher ein zweifelhafter Ehrenmann ist und unsaubere Geschäfte betreibt, sollen alle Deutschen gewohnheitsmäßig und grundsätzlich dieselben Neigungen haben! Was würden die russischen Blätter sagen, wenn wir in gleicher Weise ausführen wollten, daß, weil Graf Bobrinski seine Bauern in schmählicher Weise ausbeuten ließ, alle russischen Grundbesitzer Blutsauger wären? Die ganze Geschichte ist ein neuer Beweis für die Unparteilichkeit und Liebenswürdigkeit unserer russischen Nachbarn. (K. 3)

Provinzielles

Stettin, 10. Januar. Am Sonnabend Abend beging im Wolff'schen Saale der „Patriotische Krieger-Verein" sein Stiftungsfest. Zur Feier desselben hatte sich eine außerordentlich große Gesellschaft eingefunden. Ein von der Vereinskapelle gespielter Parademarsch eröffnete das Fest. Nachdem darauf der Divisions-Pfarrer Herr Gehrke, als Präsident des pommerschen Kriegerbundes, in einer längeren, die Herzen gewaltig ergreifenden Rede einen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit des Vereins im Allgemeinen, wie auf die des zu Grabe getragenen Jahres im Besonderen geworfen, er der Verstorbenen in ehrender Weise gedacht, die Kameraden zur weiteren Pflege der Liebe zu Kaiser und Reich, der Eintracht und des Friedens im Kreise der Familie wie im Umgange mit unserem Nächsten ermahnt und ein stürmisch beantwortetes Hoch auf unseren Kaiser ausgebracht hatte, intonirte die Kapelle die Nationalhymne, worauf der Kommandeur des pommerschen Krieger-Verbandes und hiesigen Patriotischen Krieger-Vereins, Herr Steuer-Inspektor Cuno, das Wort ergriff. Er verlas die neuen Ernennungen, ertheilte die bezüglichen Patente, ermahnte die Beförderten ihre ganze Kraft auch ferner dem Gedeihen der von ihnen vertretenen Sache zu opfern und schloß mit einem Hoch auf das Blühen des Patriotischen Krieger-Vereins. Nunmehr gings zur Tafel, die in vier Reihen sich fast über den ganzen großen Saal erstreckte. Herr Justizrath Brunnemann toastete auf das Wohl des Herrn Cuno, in dem als Kommandeur des Vereins er sich den ganzen Verein verkörpert denke. An dem darauf stattfindenden Ball betheiligten sich lebhaft die wieder zahlreich erschienenen Herren Offiziere, die als flotte und elegante Tänzer eine sehr begehrte Waare der vielen Tänzerinnen waren. An der Polonaise nahmen über achtzig Paare Theil. Für die Unterhaltung sorgten die fleißige Kapelle des Vereins wie die allgemein beliebte Dilettantin Frl. Raatz, die zur Freude der großen Gesellschaft in einem Gesangsvortrag ihrer schönen Stimme Geltung verschaffte. Erst spät gegen Morgen trennten sich die tanzlustigen Paare. — Am gleichen Tage beging auch der „Grabower Krieger-Verein" im Liebreich'schen Lokale sein Stiftungsfest, das in ebenso feierlicher als gemüthlicher Weise verlief. Auch dort währte das Vergnügen bis gegen Morgen.

— Ein an die Wallfahrten nach Lourdes oder sonstigen heilig gesprochenen Wunderorten erinnernder Menschenstrom wälzte sich in den ersten Sonntag-Nachmittagsstunden mit einem unaufhörlichen Nachtrupp über die Baumbrücke. Nur daß jene Wanderer keine außergewöhnlich frommen Pilger, sondern lustige und allen Altersklassen angehörige Schlittschuhläufer waren, die nicht rasch genug über den geradezu lebensgefährlich holprigen Sand- und Schuttweg auf die riesengroße Wiesen-Eisfläche gelangen konnten. Hier bot sich nun dem Lustwandelnden ein höchst interessantes Bild. Gegen 5000 Menschen befanden sich um 3 Uhr bereits auf der Bahn und immer von Neuem strömten die Massen herbei. Die Pächter haben ein vortreffliches Geschäft gemacht, das wir ihnen gerne gönnen, doch könnten sie mindestens für einen einigermaßen anständigen Gang von der Straße auf's Eis sorgen. Daß das Leben auf dem Eise mannigfach ist, ist ja eine alte Geschichte, doch präsentirte sich am Sonntag dasselbe noch in einer neuen Gestalt und dokumentirte den in unserer Hunderttausend-Seelen-Stadt immer noch vorherrschenden Krähwinklergeist. Daß Jemand im Januar einen Strohhut trägt, ist allerdings auffallend und erregt, wenn er auch braun lackirt ist, berechtigtes Aufsehen, wenn aber zwei Chinesen als Spaziergänger auftreten, die bereits mehrere Monate sich in der Stadt aufhalten und diese auf Tritt und Schritt von einem immer größer werdenden Kreis Neugieriger verfolgt und angegafft werden, so ist dies Benehmen geradezu kindisch und lächerlich.

— Fräulein Dory Petersen, die ausgezeichnete jugendliche Pianistin und Schülerin Liszt's, wird am 13. d. Mts. in einem Elitekonzert im Wintergarten des Centralhotels konzertiren.

— Unter „allgemeinen Feiertagen" im reichs- und landesrechtlichen Sinne, an denen gesetzlich bestimmte Amtshandlungen nicht vorgenommen werden dürfen, sind nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, 2. Straffenats, vom 2. November v. J., in Preußen nur diejenigen kirchlichen Feiertage zu verstehen, welche durch Staatsgesetze dafür erklärt sind, und an welchen in den öffentlichem und bürgerlichen Angelegenheiten Geschäftsruhe vorgeschrieben ist. Zu diesen Feiertagen gehört in Preußen der Epiphaniastag nicht.

— In der Turnlehrer-Bildungs-Anstalt zu Berlin soll wieder ein dreimonatlicher Kursus zur Ausbildung von Turnlehrerinnen abgehalten werden, welcher am 31. März d. Js. beginnt. Die Anmeldungen müssen bis zum 10. März erfolgen.

— Zu der am Sonntag Nachmittag im Stadttheater stattgefundenen 25. Vorstellung von „Krieg im Frieden" mußte das Orchester abermals geräumt werden. Dasselbe war vollständig ausverkauft und hatte die Direktion, um den Wünschen des anstürmenden Publikums einigermaßen entgegen zu kommen, eine größere Zahl Steh-Parketbillets ausgeben müssen. Auch in den Rängen waren meist alle Plätze so gut besetzt, daß „Krieg im Frieden" mindestens noch fünf bis zehn Wiederholungen zu erwarten hat.

— Am Abend des 29. Mai v. J. passirte der Arbeiter Suhr in Begleitung des taubstummen Lüdicke den Roßmarkt; in der Nähe des Bankgebäudes vertrat ihnen plötzlich der Schlossergeselle Otto Ludolf Georg Methlow den Weg und versetzte ohne jede Veranlassung dem Arbeiter Suhr einen Faustschlag ins Gesicht und dem Lüdicke mit einem scharfen Instrument einen Schlag auf den Hinterkopf, durch welchen eine tiefe Verletzung entstand. Methlow entlief, wurde jedoch eingeholt und hatte sich in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts wegen dieser Rohheit zu verantworten. Es wurde gegen ihn auf 2 Monat Gefängniß erkannt.

— Vorgestern Abend ist ein Korb, enthaltend ein Schock Eier im Werthe von 6 Mark, welche am Eingange des Kellers Wilhelmstraße 7 zum Verkauf ausgestellt waren, gestohlen worden, ohne daß es bisher gelang, den Thäter zu ermitteln.

— Die Frau des auf der Oberwiek wohnhaften Pfefferküchlers Smolka, welche vorgestern Nachmittag mit dem Zuge von Berlin hier eintraf, vermißte hier eine alte braunlederne Reisetasche mit verschiedenen Werthgegenständen im Gesammtwerthe von 75 Mark, welche ihr auf der Reise abhanden gekommen war.

Vermischtes.

Berlin. Ein höchst betrübendes Ereigniß vollzog sich am Sonnabend vor Beginn der üblichen Proben im National-Theater. Ein in seiner Branche überaus schätzenswerther Künstler, persönlich allgemein beliebt, der Maler Stofferan, stürzte, vermuthlich in Folge eines Fehltritts in den dunklen Bodenräumen, wohin er sich gegen 9 Uhr früh begeben hatte, aus einer der Luftluken des bekanntlich sehr hohen Plafonds mitten in das Parquet; halb zerschmettert und besinnungslos mußte der Bedauernswerthe, dem sofort auf den Hilferuf einer Kehrfrau, die Zeugin des Sturzes gewesen, die nöthigste Unterstützung von Seiten der Direktion und des anwesenden Arbeiterpersonals zu Theil wurde, aus den Trümmern zweier durch die Wucht des Falles zerbrochenen Stühle hervorgezogen werden. Auch der Theaterarzt Dr. Behr war sofort zur Stelle, mußte aber leider den Zustand des Verunglückten, der außer mehreren Armbrüchen sich auch innere schwere Verletzungen zugezogen hatte, als ziemlich hoffnungslos erkennen und ordnete die Ueberführung desselben nach dem Hedwigs-Krankenhause an. Gegen Mittag erlöste der Tod den Unglücklichen von seinen Qualen. Noch am Abend vorher hatte Stofferan im Kreise seiner Kollegen und Bekannten sein freundliches und liebenswürdiges Wesen in anregendster Weise manifestirt; ahnungslos und wie immer von strengstem Pflichteifer erfüllt, beabsichtigte er, am frühen Morgen, um Abhilfe gegen mehrfachen Zug im Theater zu schaffen, den Dachboden einer Untersuchung zu unterziehen. Selbstverständlich war unter dem Eindruck des schrecklichen Unglücks am Vormittag Niemand von den Schauspielern im Stande, seiner Rolle Herr zu bleiben, und mit ebenso viel Recht wie Taktgefühl ließ Direktor van Hell, der besonders durch den Verlust eines trefflichen technischen Mitgliedes schmerzlich berührt werden mußte, die Probe ausfallen. Ein eigenes tragisches Verhängniß schwebt doch über vielen Menschen. Der Dahingeschiedene war verhältnißmäßig noch jung, aber bereits Wittwer Frau und Kind hatten vor einiger Zeit ihren Tod in den Wellen des Meeres gefunden.

— Die „Gerichtszeitung" weiß folgende höchst romanhaft klingende Geschichte zu erzählen: Ein weiblicher Sonderling hat kürzlich hier das Zeitliche gesegnet und damit den Roman eines Lebens zum Abschluß gebracht, das bewegter und wunderlicher kaum gedacht werden kann. Marie L. war vor länger als fünfzig Jahren in der Stralauer Straße eine bekannte und beliebte Persönlichkeit. Von großer Schönheit und trefflichster Erziehung erschien die Dame, obwohl sie schon damals sich den Dreißigern näherte, eine begehrenswerthe Partie für Viele Marie aber trug aus der Zeit der ersten Jugend das Bild eines armen Provisors in ihrem Herzen und schlug jeden Antrag aus, bis endlich die Rücksicht auf die gefährdete Existenz der Eltern sie bewog, einem sehr reichen, aber ungeliebten Mann ihre Hand zu geben. Die Ehe war eine kurze und unglückliche. Der Gatte nahm sich das Leben, nachdem er seine Frau zur Universalerbin seines bedeutenden Vermögens eingesetzt hatte. Die Wittwe sorgte für die Eltern in freigebigster Weise, brach aber nach ihrer Vereinsamung jeglichen Verkehr mit ihnen sowohl als mit anderen Menschen ab und hat thatsächlich fast fünfzig Jahre einsam gelebt. Nur eine Frau hat in den letztvergangenen dreißig Jahren Zutritt zu ihr gehabt. Diese Frau hat jeglichen Verkehr mit der Außenwelt, soweit er nothwendig war, vermittelt Die Wittwe führte ein Leben, wie es wohl noch nicht dagewesen ist. Trotz ihres bedeutenden Vermögens bewohnte sie ein sehr dürftiges Quartier und verfiel in wunderliche Eigenheiten. Ihr Zimmer durfte nie aufgeräumt werden und handhoch lag der Staub auf Möbel und Decken. Sie trug seit Jahren kein Hemd und ging stets in einem Männerschlafrock umher. Ihre Füße waren stets mit ungleichen Schuhen bekleidet und immer trug sie Handschuhe. Die Nacht zum Tage machend, führte die Frau in materieller Hinsicht ein lukullisches Leben, kochte und briet die halbe Nacht nur für sich und ihre Dienerin das Feinste und Beste und scheute dabei vor Verschwendung nicht zurück, so daß häufig, wenn das Feuer nicht brennen wollte, dasselbe durch große Quantitäten feinster Tafelbutter genährt wurde. Nach Beendigung des nächtlichen Diners lag die Dame bis zum Morgen im Bett und verschlief den Tag. Jedes neue Werk über Zoologie schaffte sie an und beschäftigte sich mit Vorliebe mit ihren Hunden, Katzen und Vögeln. Jetzt ist diese sonderbare Frau im Alter von einundachtzig Jahren gestorben und hat ihr Vermögen, abzüglich eines Legats von sechstausend Mark für die Dienerin, einer Großnichte in England vermacht, und zwar dergestalt, daß die Erbin den Nießbrauch hat, das Vermögen nach deren Tode aber einem Hundeasyl in England zufällt, einem Asyl, das alte Hunde oder solche, die herrenlos sind, bis an ihr Ende verpflegt

Telegraphische Depeschen

Köln, 9. Januar. Die englische Post vom 9. Januar früh, planmäßig in Verviers um 8 Uhr 21 Minuten Abends, ist ausgeblieben. Grund: Verspätete Ankunft des Schiffes in Ostende.

Wien, 9. Januar. Nach Meldung der „Wiener Zeitung" ist auf den Wunsch des belgischen Königspaares die Vermählung des Kronprinzen Rudolf mit der Prinzessin Stephanie auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. (Die nämliche Nachricht wird auch aus Brüssel gemeldet.)

Paris, 8. Januar. Alle Blätter richten heute einen letzten Appell an die Wähler für die morgigen Gemeinderathswahlen Die Partei der Kommune und Sozialisten, welche in zahlreichen Vierteln eigene Kandidaten aufgestellt hat, entfaltet in der letzten Stunde die äußerste Agitation. Die Opportunisten und gemäßigten Republikaner rechnen trotzdem auf den Sieg, geben als solchen bereits die eventuelle Wiederwahl der abtretenden Gemeinderäthe aus, trotzdem diese meistens mehr Radikale als Opportunisten sind. Die vereinten Konservativen kandidiren in fünfzig Pariser Vierteln, doch ohne große Aussichten auf Erfolg. Von den letzten Amnestirten sind neun heute Morgen halb fünf Uhr hier auf dem Bahnhofe Mont Parnassa angelangt, unter ihnen Trinquet und Urban. Die Kommunards bereiteten denselben einen warmen Empfang. Unter den Anwesenden befanden sich Louise Michel, Vallès, Amouroux und andere hervorragende Parteigrößen, auch Clemenceau war erschienen und unterhielt sich lebhaft mit den Genannten, unter denen ein Artikel der heutigen Justice, voll enthusiastischer Verherrlichung Trinquets als Heros, bereits von Hand zu Hand ging. Clemenceau hat sichtlich durch diesen Panegyricus seines Blattes und durch sein persönliches Erscheinen seine Abwesenheit von dem Begräbnisse Blanquis gutmachen wollen. Trinquet hielt sofort eine Ansprache, deren Schluß lautete: „Ich gehöre der Revolution — Ich sehe, daß hier nichts geändert ist, Alles ist also auf's Neue anzufangen." Trinquet, welcher Kandidat für Belleville ist, spricht heute Abend in einer großen, zu diesem Zwecke einberufenen Volksversammlung jenes Viertels. Die übrigen Amnestirten werden heute Nacht erwartet. Ruhestörende Kundgebungen auf dem Bahnhof haben übrigens nicht stattgefunden, da die Polizei ausreichende Vorsichtsmaßregeln getroffen hatte.

Rom, 9. Januar. In einer Depesche des „Diritto" aus Athen von gestern wird über die Antwort des Minister-Präsidenten Kumunduros an den französischen Gesandten mitgetheilt, Kumunduros habe die verschiedenen Phasen der griechischen Frage resumirt und dann hinzugefügt, Griechenland könne den Weg nicht verlassen, auf welchen es durch die Entscheidung der Berliner Signatarmächte gebracht worden sei und verlange nur, was Europa und speziell Frankreich als das Recht der griechischen Nation zugestanden hätten. Griechenland habe sich, weisen Rathschlägen folgend, vorbereiten müssen. Die unvollständige Austragung der montenegrinischen Frage sei ein neuer Beweis, daß von der Pforte nichts zu hoffen sei, die auf einen Schiedsspruch hin Thessalien und Epirus niemals abtreten werde. Die Entscheidung durch die Waffen sei demnach eine schmerzliche, aber unausweichliche Nothwendigkeit.

Palermo, 8. Januar. Die Spezialmission des Bey von Tunis und die Vertreter der italienischen Kolonie in Tunis sind heute zur Begrüßung des Königs und der Königin hier eingetroffen. Der König hatte seinen Adjutanten, den Kontre-Admiral Francklin, der Mission, welche aus dem Sohne des Bey von Tunis und sieben anderen Personen besteht, entgegengesandt.

Petersburg, 9. Januar. Nach der „Agence Russe" hat der Botschafter Oubril bei seiner Rückkehr nach Wien dem Kaiser Franz Josef zwar kein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Alexander überbracht, ist aber beauftragt gewesen, den diesseitigen friedliebenden Gesinnungen Ausdruck zu geben Bei der Erfüllung dieses Auftrages hat der Botschafter den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen, von Haymerle, von den gleichen friedlichen Intentionen beseelt gefunden.

Ueber den dermaligen Stand der Schiedsgerichtsfrage äußert die „Agence Russe", der Anfangs beabsichtigt gewesene Modus eines Kollektivvorschlages der Mächte sei später wieder aufgegeben worden und die Mächte hätten den Vorschlag in Folge dessen zwar einzeln, aber doch gleichzeitig gemacht. In Konstantinopel habe man geantwortet, der Ministerrath werde mit der Berathung des Vorschlages beauftragt werden. In Athen habe man um vorherige Auskunft über die Aufrechterhaltung der Beschlüsse der Berliner Konferenz über die Sanktion einer schiedsgerichtlichen Entscheidung gebeten.

Athen, 9. Januar. Die auswärts verbreitete Meldung, die griechischen Reserven seien mittelst eines am Freitag erschienenen königlichen Dekrets zu den Fahnen einberufen worden, ist unbegründet.

Konstantinopel, 9. Januar. Hobart Pascha ist zum Muschir ernannt.

In der montenegrinischen Grenzfrage sollen nächsten Montag die endgültigen Weisungen der Pforte an Derwisch Pascha abgehen.

In der Schiedsgerichtsfrage ist noch keinerlei Entscheidung erfolgt, der Schiedsgerichtsvorschlag begegnet fortgesetzt großem Widerstande.